

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. 0711 9935990, Fax 0711 9935999
Mail: gar@gar-bw.de
Internet: www.gar-bw.de



Januar-Rundbrief 2010

Liebe GAR-Mitglieder,

in diesem ersten Rundbrief in 2010 findet Ihr aktuelle Informationen zu folgenden Themen:

1. Das Europäische Jahr der biologischen Vielfalt – Beginn einer Artikelserie
2. Kommunale Stadtwerke und Beteiligung am Windparkprojekt an der Nordsee
3. Wettbewerb um den Titel Klimahauptstadt
4. Dokumentation der Anhörung im Landtag: Inklusion muss Schule machen
5. Verbrauchte Energiesparlampen als Sondermüll erfassen – Antrag
6. Austauschprogramm für alte Heizungspumpen in Baden-Baden beschlossen – Antrag
7. Auflagen für Google-Street-View
8. Haushaltsreden zum Kreishaushalt 2010 auf der GAR-Internetseite
9. Internationale Messe für Erneuerbare Energien und Passivhaus - Freikarten
10. GAR-Jahreshauptversammlung am 30.01. mit neuem Ort: Ebertsaal im Landtag
11. Ankündigung: GAR-Seminar: Wie weiter mit der Schulentwicklung am 27.02.10
12. Hinweis auf interessante Seminare der Heinrich-Böll-Stiftung

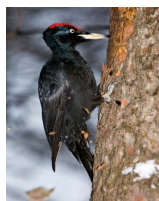
1. Das Europäische Jahr der Biodiversität

Information aus der Landtagsfraktion: Artikelserie von Gisela Splatt, MdL

Ihr Lieben,

wir starten heute mit einer PM-Serie zum Jahr der Biologischen Vielfalt. Insgesamt 12 Folgen sollen's werden. Die erste Folge befasst sich mit dem Schwarzspecht in Baden-Württemberg. Allesamt sind es Pressemitteilungen, die sich hervorragend vor Ort vermarkten lassen, in den Gemeindeblättern, im Lokalblatt, den Anzeigzeitungen und natürlich in den eigenen Postillen. Mit herzlichen Grüßen

Rudi Hoogvliet, Presse/ÖFA, Landtag Baden-Württemberg, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart, Fon: +49 711 2063-687, Email: rudi.hoogvliet@gruene.landtag-bw.de



Diese Artikelserie steht auf der GAR-Internetseite

<http://www.gar-bw.de/index.php?id=1365> und kann im GAR-Büro oder bei der grünen Landtagsfraktion bestellt werden.

2. Beteiligung am Windparkprojekt an der Nordsee – Infoangebot von OB Palmer

Liebe Freundinnen und Freunde,

in der Nordsee entsteht nächstes Jahr der erste kommerzielle Windpark. Fast 100km vor der Küste werden 80 Windräder mit einer Gesamtleistung von 400 MW genügend Strom erzeugen, um vier Städte von der Größe Tübingens zu versorgen. Umweltpolitisch ist das ein Aufbruch in eine neue Zeit. Dieser eine Windpark wird mehr Energie liefern als alle Windräder in Baden-Württemberg

zusammen! Auch ökonomisch ist die neue Technik attraktiv. Die letzten Wirtschaftlichkeitsberechnungen lassen eine Eigenkapitalrendite von 10% erwarten. Ein Projekt dieser Dimension ist für ein mittleres Stadtwerk außerhalb jeder Reichweite. Trotzdem treten wir und nicht die großen Energiekonzerne als Pionier der umweltfreundlichen Stromerzeugung auf hoher See auf. Der Verbund der Südweststrom Windparkgesellschaft, in deren Aufsichtsrat ich eingetreten bin, macht es möglich.

Ich war mir sicher, dass vor allem grüne Gemeinderatsfraktionen die Chance einer Beteiligung ihrer Stadtwerke an einem gemeinsamen Windpark positiv aufgreifen würden. Zu meiner großen Überraschung habe ich erfahren, dass bei Debatten in mehreren Gemeinderäten die Grünen Rätinnen und Räte große Zweifel an einem solchen Engagement angemeldet haben.

Ein Grund dafür scheint die Auffassung, man solle solche Risiken den großen Energiekonzernen überlassen und sich lieber auf kleine Anlagen vor Ort beschränken. Ich möchte euch bitten, das genau zu hinterfragen. Nach meiner Überzeugung werden wir das notwendige Tempo im Umbau der Energiewirtschaft nicht erreichen, wenn wir auf Hochseewindparks verzichten. Wenn wir dieses Feld aber den großen Energiekonzernen überlassen, werden sie auch in Zukunft den Erzeugungsmarkt unter sich aufteilen und den Stadtwerken die Preise diktieren.

Und mit dem Risiko verhält es sich so: Bei einem konventionellen Kraftwerksengagement ist die Technik erprobt. Dafür stecken schwer kalkulierbare Risiken in Brennstoff- und CO₂-Kosten wie der Höhe der Erlöse. Bei einem Hochseewindpark ist es genau umgekehrt: Die Brennstoffkosten sind Null und die Erlöse per Gesetz garantiert, dafür ist die Technik weniger sicher.

Die Stadtwerke Tübingen haben sich bislang eine Kraftwerksscheibe von 4 MW am Hochseewindpark gesichert. Ich werde dem Aufsichtsrat vorschlagen, diese Beteiligung auf 7 MW zu erhöhen. Denn in den letzten Monaten hat die Südweststrom clever verhandelt, die Risiken weiter gesenkt, die Renditechancen verbessert und der Hersteller hat die Errichtung des Parks und die Vorproduktion der Komponenten sehr weit vorangetrieben. Kein anderer Park hat ein so umfangreiches Versicherungspaket, einen vollendeten Netzanschluss und ein technisch so ausgereiftes Konzept.

Ich meine, wir sollten als Grüne gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Stadtwerke diese Chance nutzen, bei der umweltfreundlichen Stromerzeugung ganz vorne mit dabei zu sein. Deshalb bitte ich euch, die Beteiligung an unserem Hochseewindpark genau zu prüfen und nicht vorschnell zu verwerfen. Viel Zeit bleibt nicht mehr, die Chance für eine Beteiligung besteht nur noch im ersten Quartal 2010.

Ich kann bei Bedarf gerne aktuelle Unterlagen zur Verfügung stellen.

Boris Palmer, Aufsichtsratsvorsitzender Stadtwerke Tübingen; ob@tuebingen.de

3. Wettbewerb um den Titel Klimaschutzhauptstadt

Deutschlands Städte und Gemeinden haben eine Vorbild- und Schlüsselfunktion bei der Senkung des globalen CO₂-Ausstoßes. Am **01. Januar 2010** hat die Deutsche Umwelthilfe den Wettbewerb „**Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010**“ gestartet. Wir laden alle deutschen Kommunen herzlich ein, sich zu bewerben und ihr Engagement für den Klimaschutz unter Beweis zu stellen! Der Wettbewerbsfragenbogen umfasst ein breitgefächertes Repertoire an kommunalen Klimaschutzmaßnahmen. Die Teilnahme ist für kreisangehörige und kreisfreie Städte und Gemeinden aller Größenklassen aus ganz Deutschland offen.

Die Siegerkommune kann sich neben dem Titel „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ über eine **30 kW-Photovoltaikanlage** der First Solar GmbH freuen.

Eine Teilnahme lohnt sich also in mehrfacher Hinsicht! Der Wettbewerb ist ein Erfolgsmesser eigener kommunaler Klimaschutzaktivitäten und die Kommunen gewinnen zudem wertvolle Anregungen für Ihre Arbeit vor Ort. Die jeweils ersten zehn Plätze in den drei Teilnehmerklassen werden im Internet veröffentlicht. Platzierungen im hinteren Teilnehmerfeld werden nur den jeweiligen Teilnehmerkommunen mitgeteilt.

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, die Klimaschutzinitiative CO₂NTRA und First Solar fördern dieses Projekt.

Der Fragebogen zum Wettbewerb steht in gedruckter sowie digitaler Form zur Verfügung. Sie

können ihn per E-Mail unter finus@duh.de anfordern oder auf unserer Internetseite www.klimaschutzkommune.de herunterladen. Hier erhalten Sie auch weitere Informationen rund um den Wettbewerb. Zudem steht der digitale Fragebogen unter folgendem Link bereit: http://transfer.duh.de/Allgemein/elektronischer_Fragebogen_Klimaschutz_2010.pdf

Einsendeschluss ist der 30. April 2010.

Bei Fragen stehen Ihnen die Mitglieder des Projektteams „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ unter der Rufnummer 07732-9995-54 gerne zur Verfügung.

4. Inklusion muss Schule machen - Tagungsdokumentation

von Renate Rastätter, MdL

Liebe bildungspolitisch Interessierte,

ich freue mich, Euch nach unserer Anhörung im Landtag zum Thema "Inklusion muss Schule machen" die Dokumentation mit allen Vorträgen zuschicken zu können. Links zu unserem Gesetzentwurf "Inklusion" sowie zur Landtagsdebatte bei der ersten Lesung unseres Gesetzentwurfs stehen in meiner Einführung sowie im Inhaltsverzeichnis.

Kultusminister Rau hat ja im September einen Expertenrat eingerichtet, der Empfehlungen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erteilen soll. Zu Beginn des Jahres 2010 will die Landesregierung ihre Vorschläge zur Inklusion vorstellen. Es wird dann eine öffentliche Debatte darüber geben. Wir Grünen werden zu diesem Zeitpunkt noch einen Eckpunkteantrag vorlegen, welche Rahmenbedingungen notwendig sind, damit die Schritte zur Inklusion erfolgreich für alle Kinder umgesetzt werden können.

Auch im kommenden Jahr werden die großen Herausforderungen im Bildungsbereich bestehen bleiben. Unser Bildungswesen muss weiterentwickelt werden mit dem Ziel, alle Kinder, sei es mit oder ohne Behinderungen und unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft optimal zu fördern und sozial zu integrieren. Die neue Werkrealschule ist dazu aus unserer Sicht ein untaugliches Mittel. Wir lehnen die dadurch entstehende gigantische Flurbereinigungsmaßnahme bei den Schulstandorten in Baden-Württemberg ab. Unsere Anträge auf Einrichtung von neuen integrativen Modellschulen mit längerem gemeinsamem Lernen werden leider immer noch abgelehnt, obwohl immer mehr Anträge von Kommunen dazu gestellt werden.

(Siehe dazu die Seminareinladung unter Punkt 11 in diesem Rundbrief)

Anfang des Jahres stehen wir auch vor schwierigen Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2010/11. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für die Bildung. Angesichts der riesigen Verschuldung des Landeshaushalts müssen wir alles tun, Mittel in die Bildung umzuschichten. Denn Kinder und Jugendliche brauchen jetzt die bestmögliche Bildung. Hoffnungsfroh stimmt mich allerdings das wachsende Bewußtsein in der Gesellschaft, dass Bildung absolute Priorität einnehmen muss und das Problem der sozialen Benachteiligung von Kindern im Bildungswesen endlich gelöst werden muss.

Die Dokumentation steht auf der GAR-Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1381> oder kann im GAR-Büro bestellt werden.

5. Energiesparlampen richtig entsorgen

Nach geltendem EU-Recht werden zwischen 2009 und 2012 die klassischen Glühbirnen schrittweise vom Markt genommen und durch Energiesparlampen ersetzt. Das ist hinsichtlich der Energieeffizienz und des Klimaschutzes sicherlich zu begrüßen. Wegen des in den Energiesparlampen enthaltenen Quecksilbers und anderer Schwermetalle ist die umweltgerechte Entsorgung von Alt-Energiesparlampen aber sehr wichtig. Energiesparlampen dürfen nicht im Hausmüll entsorgt werden, sondern müssen bei der mobilen Schadstoffsammlung oder an zu diesem Zweck eingerichteten Sammelstellen abgegeben werden.

Da Energiespar-Lampen im Gegensatz zu vielen Elektrogeräten aufgrund ihrer geringen Größe in jede Mülltonne passen, ist die Motivation der Verbraucher, die Leuchtmittel sachgerecht zu entsorgen, eher gering. Derzeit werden nach Aussagen der Deutschen Umwelthilfe nur 10 Prozent der Altenergiesparlampen bei den entsprechenden Sammelstellen abgegeben und damit

fachgerecht entsorgt. Umso wichtiger ist es, die Öffentlichkeit über die in Energiesparlampen enthaltenen Schadstoffe und deren Umweltrelevanz umfassend zu informieren. Auch sollten Sammelstellen gut erreichbar und Sammelzeiten bürgerfreundlich gestaltet sein.

Die GRÜNE Fraktion in Karlsruhe hat einen Gemeinderatsantrag gestellt, der diese Problematik aufgreift. Die Stadtverwaltung wird darin aufgefordert, ein Konzept zur umweltgerechten Entsorgung von alten Energiesparlampen zu erstellen. Außerdem soll die Bevölkerung umfassend über den richtigen Umgang mit Energiesparlampen im Haushalt informiert werden. Derzeit findet in Karlsruhe ein Modellversuch statt, bei dem ein kommerzieller Sammler Altenergiesparlampen erfasst und einer fachgerechten Entsorgung zuführt. Der Versuch ist erfolgversprechend angelaufen und kann möglicherweise in den nächsten Jahren auf weitere Stadtteile ausgedehnt werden (www.lightcycle.de).

Der Antrag steht auf der GAR-Internetseite: <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1389> und kann im GAR-Büro bestellt werden.

6. Heizungspumpen-Austauschprogramm überzeugte in Baden-Baden

Grüne Fraktion in Baden-Baden erreicht Austauschprogramm für alte Zentralheizungspumpen
Antragstext, September 09:

Heizungspumpen leisten im Gegensatz zu anderen elektrischen Geräten oft unbeachtet ihre Dienste und sind für einen erheblichen Anteil des Stromverbrauchs verantwortlich. Sie nehmen meist den Spitzenplatz der Stromverbraucher in den Haushalten ein.

Pumpen der neuesten Generation hingegen verbrauchen 400 bis 700 kWh weniger Strom pro Jahr und haben damit ein Einsparpotential von bis zu 80 %.

Im Auftrag der bündnisgrünen Gemeinderatsfraktion stelle ich hiermit den Antrag, von Seiten unserer Stadtwerke eine „Heizungspumpen-Austausch-Kampagne“ ins Leben zu rufen und diese deren Stromkunden anzubieten. Als Kooperationspartner sollten dabei die örtlichen Installateurbetriebe der Sanitär- und Heizungsinnung den Pumpentausch im Auftrag der Stadtwerke übernehmen.

Die Pumpentauschaktion soll für die Stromkunden der Stadtwerke ohne direkte Zahlung erfolgen. Die errechnete Menge an eingespartem Strom wird über einen Zeitraum von vier Jahren mit der Stromrechnung bezahlt, die damit ungefähr gleich hoch bleibt. Geht man von einer Pumpen-Lebensdauer von 15 Jahren aus, dann können durch diesen Austausch pro Haushalt bis zu 2.000 Euro in diesem Zeitraum eingespart werden. Der Pumpenaustausch wäre auch ein Beitrag für den Klimaschutz, denn pro Jahr werden durch die Stromeinsparung pro Haushalt 130 bis 240 kg CO₂ eingespart. Ein vergleichbares Programm läuft derzeit im Rahmen der Aktion „Eine Stadt macht blau – Tübinger Modell“ bei den Stadtwerken Tübingen. Sicher ist man dort bereit, bei der Realisierung in Baden-Baden unterstützend mitzuwirken.

(<http://www.swtue.de/kundenservice/foerderprogramme/heizungspumpe.html>)

Mit freundlichem Gruß! Günter Seifermann, Stadt- u. Ortschaftsrat B90/Die GRÜNEN

Ergebnis:

In der Sitzung des gemeinderätlichen Betriebsausschusses vom 10. Dezember 2009 teilte Stadtwerke-Leiter Pahl mit, dass man den Stromkunden in Baden-Baden nun kurzfristig in Zusammenarbeit mit der zuständigen Handwerks-Innung genau das von der bündnisgrünen Gemeinderatsfraktion beantragte Austauschprogramm anbieten wird.

7 Auflagen für Google-Street-View – Antrag aus Backnang

Die Google Fahrzeuge zum Filmen sind zwar schon vielerorts durchgefahren, aber noch nicht überall. Also gibt es hier und dort noch Gelegenheit, aktiv zu werden. Ein Antrag, den die Grünen in Backnang eingebracht haben, steht auf der GAR Internetseite <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1390> und kann im GAR-Büro bestellt werden.

8. Haushaltsreden zum Kreishaushalt im Netz

Liebe Kreistagsmitglieder, im GAR-Büro gingen einige Haushaltsreden zum Kreishaushalt 2010

ein, die ich auf die GAR-Internetseite gesetzt habe. <http://www.gar-bw.de/themen-infos/kreispolitik.html>

Hintergrundinformationen zu den Auswirkungen der Steuerentlastungen auf die Kommunen stehen auf der GAR-Internetseite unter Finanzen. <http://www.gar-bw.de/themen-infos/finanzen.html>

9. Internationale Messe für erneuerbare Energien und Passivhaus - Freikarten

Die nächste Messe, der **CEP@ CLEAN ENERGY & PASSIVEHOUSE** findet vom 25. – 27.02.2010 in der Landesmesse Stuttgart statt. Als Dank für die Bewerbung im GAR-Rundbrief erhalten GAR Mitglieder eine Freikarte. Diese gibt es unter nachfolgendem Link: **FREIKARTE [Hier](#)**
Das Programm der Messe ist im Netz eingestellt unter [CEP@ CLEAN ENERGY & PASSIVEHOUSE Stuttgart, 25. - 27.02.2010](#)

Im vergangenen Jahr haben 9.300 Besucherinnen und Besucher aus 25 Ländern, 195 Aussteller und fast 700 Tagungsteilnehmende die CEP@ CLEAN ENERGY & PASSIVEHOUSE zu einem vollen Erfolg gemacht.

10. Erinnerung an die Einladung zur GAR-Jahreshauptversammlung

Am Samstag, den 30.01.2010 sind alle Mitglieder herzlich zur Jahresmitgliederversammlung eingeladen. Die Sitzung findet in Stuttgart, im Landtag, im Ebertsaal statt und beginnt um 15:30 Uhr.

Die Tagesordnungspunkte sind:

- Rechenschaftsbericht des Vorstandes für 2008 und 2009
- Kassenbericht über die Haushalte 2008 und 2009
- Entlastung des Vorstandes
- Bericht der GAR-Geschäftsführerin über die GAR-Arbeit in 2009
- GAR-Haushalt 2010 – Einbringung und Beschlussfassung
- Jahresplanung 2010
- Wahl des GAR-Vorstandes für 2010 und 2011
- Aktuelles, Sonstiges, Austausch und Gespräch bei Saft und süßen Stückerle.

Wir freuen uns sehr über eine rege Beteiligung an dieser Mitgliederversammlung!

Eine kurze Anmeldung wäre hilfreich (kann gerne kurzfristig sein), damit ich den Einlass an der Landtagspforte organisieren kann.

11. Wie weiter mit der Schulentwicklung - GAR-Seminar am 27.02.2010

Die GAR lädt ein zu einem Seminar über die dringend notwendigen Veränderungen in der Schullandschaft:

"Wie weiter mit der Schulentwicklung im Land? unter Berücksichtigung der demografischen Krise, der Krise des Schulsystems sowie der Ziele der Grünen im Land (Basisschule, Inklusive Schule)."

Als Referentinnen konnten wir gewinnen:

Renate Rastätter, MdL, schulpolitische Sprecherin

Brigitte Schmid, Bildungsexpertin und Kommunalpolitikerin

Ute Kratzmeier, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Schule,

Das Seminar findet im Conrad-Hausman-Saal im Landtag in Stuttgart statt.

Anmeldungen bitte im GAR-Büro. Seminargebühr inklusive Imbiss für GAR-Mitglieder 15 € für Nichtmitglieder 30 €.

12. Hinweise auf Veranstaltungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat eine ganze Reihe von kommunalpolitisch relevanten Themen in ihr Halbjahresprogramm 2010 aufgenommen. Hinweise darauf findet Ihr auf der GAR-Internetseite unter <http://www.gar-bw.de/veranstaltungen.html> .

Mit herzlichen Grüßen

und vielen Guten Wünschen für Eure kommunalpolitischen Aktivitäten in diesem Jahr

Sabine Schlager